

Teil I – Annäherung an die Problemstellung der Untersuchung

Bevor der eigentliche Hauptteil der Untersuchung dargestellt wird, ist einführend eine Annäherung an die Problemstellung der Untersuchung im Nexus von nachhaltiger Lebensführung und gemeinschaftlichem Wohnen erforderlich. Dabei werden zunächst die bisherigen Forschungen zu ökologischem und nachhaltigen Alltagsverhalten skizziert, um daraus zentrale (umwelt-)soziologische Leerstellen abzuleiten. Anschließend wird die Relevanz gemeinschaftlicher Wohnprojekte für die Analyse nachhaltiger Lebensführung diskutiert bevor Erkenntnissinteresse, Forschungsfragen und Vorgehen dieser Untersuchung erläutert und reflektiert werden.

1. (Umwelt-)Soziologische Leerstellen in der Nachhaltigkeitsforschung

Die Untersuchung nachhaltiger und umweltverträglicher Verhaltensweisen erfolgte in den Sozialwissenschaften lange Zeit vor allem unter den Begriffen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten bzw. -handeln. Um dieses Begriffspaar entwickelte sich in den 1980er und vor allem den 1990er Jahren ein vielfältiger Forschungsstrang (vgl. z.B. Ester/Van der Meer 1982, Hines et al. 1987, de Haan/Kuckartz 1996, Diekmann/Jäger 1996, Dunlap/Merting 1996). Die Untersuchungen dieser Zeit basierten überwiegend auf quantitativen Befragungen, die mithilfe handlungstheoretischer und sozialpsychologischer Ansätze (vgl. z.B. Ajzen 1991, Diekmann 1996, Diekmann/Preisendörfer 1998) interpretiert wurden. Dabei war eine zentrale Grundannahme, dass sich infolge des Wissens über die Konsequenzen umweltschädlicher Handlungen umweltbezogene Einstellungen entwickeln würden, die wiederum dazu führten, dass Menschen ihre Verhaltensweisen anpassen und umweltverträglichere Handlungsalternativen vorziehen würden (vgl. de Haan/Kuckartz 1996: 104). Doch während das Umweltbewusstsein infolge von Bildungs- und Informationskampagnen im Laufe der Zeit deutlich anstieg (vgl. Huber 2011b: 79ff.), stagnierten die damit verbundenen Verhaltensweisen. Diese Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten zu erklären war

infolgedessen Ziel umfangreicher Forschungen (vgl. auch Kapitel 7.1). Die Erklärungsansätze reichten dabei vom Einfluss unterschiedlicher soziodemografischer Merkmale (vgl. Ester/van den Meer 1982), über die mangelnde Wahrnehmung von objektiv verfügbaren Verhaltensalternativen (vgl. Tanner/Foppa 1996) bis hin zu Analysen, die argumentierten, es sei für das Individuum rational, sein Umweltbewusstsein an sogenannten Low-Cost-Handlungen, wie z.B. Mülltrennung, zu befriedigen und andere Verhaltensveränderungen, die mehr Aufwand erfordern, zu unterlassen (vgl. Diekmann/Preisendörfer 1998).

Gegen Ende der 1990er Jahre setzte sich dann immer mehr die Einsicht durch, dass der Einfluss des Umweltbewusstseins auf das Umweltverhalten insgesamt begrenzt ist (vgl. Preisendörfer/Franzen 1996: 232, Lange 2011: 38). De Haan und Kuckartz konstatieren gar fast schon resignierend: »Nichts hängt zusammen« (de Haan/Kuckartz 1996: 104). Auch wenn aktuelle Forschungen diese weitgehende Interpretation des völligen Fehlens eines Zusammenhangs als etwas voreilig markieren (vgl. Hoffmeister et al. 2014: 107, Wendt/Görgen 2017: 122), so ist doch festzustellen, dass Erklärungsansätze, die sich (fast) ausschließlich auf das Individuum konzentrieren, an die Grenzen ihrer Erklärungskraft gelangen. Vielmehr ist es stattdessen notwendig, deutlich stärker strukturelle, soziale und situative Faktoren in die Analyse umweltverträglicher Verhaltensweisen einzubeziehen (vgl. Wendt/Görgen 2017: 93ff.).

Dies ist nicht nur für die wissenschaftliche Forschung, sondern auch für politische Programme zur Förderung umweltverträglicher und nachhaltiger Verhaltensweisen relevant, da diese bislang ebenfalls häufig von den Vorstellungen der Bedeutung individueller Aufklärung und Bildung getragen sind und aufgrund des eingeschränkten Zusammenhangs zwischen Bewusstsein und Verhalten nicht die gewünschten Effekte erzielen (vgl. Shove 2010: 1274ff.). Individuen werden dabei überwiegend als (aufgeklärte) Konsument*innen adressiert, die durch moralische Konsumhandlungen auf der Grundlage ökologischer Einstellungen eine verstärkte Nachfrage nach nachhaltig produzierten Waren schaffen. In der Folge – so die Hoffnung – hätten Unternehmen aufgrund ihrer Konkurrenz am Markt keine andere Möglichkeit, als ihr Angebot und ihre Produktionsweise der neuen Nachfrage anzupassen (vgl. Grunwald 2018: 421f.). Auf diese Weise wird den Individuen als Konsument*innen die (Haupt-)Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zugeschrieben. Die damit verbundenen Hoffnungen erweisen sich jedoch als nicht realistisch, sodass andere Forschungs- und Politikansätze erprobt werden müssen.

Armin Grunwald spricht in diesem Zusammenhang von einer »doppelten Überforderung der Konsument/-innen« (Grunwald 2018: 426) und argumentiert die hohen Erwartungen seien aufgrund verschiedener Faktoren problematisch. So sei erstens eine *funktionale Überforderung* zu konstatieren. Die Erfahrung nach mehreren Jahrzehnten der Umweltsensibilisierung und Umweltbildung zeige, dass diese zwar zu vereinzelt Effekten, jedoch nicht zu einem Durchbruch in Richtung

nachhaltiger Lebensformen geführt hätten. Darüber hinaus erschwerten die hohe Komplexität von Nachhaltigkeitsbewertungen, die Vermittlung von umweltrelevanten Verhaltensweisen und ihren Wirkungen über ökonomische und technologische Systeme, die Problematik der Rebound-Effekte sowie die hohe Volatilität des Konsumhandelns durch kurzfristige Moden und Trends die Realisierung nachhaltiger Verhaltensweisen (vgl. ebd.: 427ff.). Zweitens komme es, so Grunwald, darüber hinaus zu einer *normativen* Überforderung, da die Verantwortungszuschreibung nicht nur von kausalen Faktoren abhängen, sondern auch die »Möglichkeiten und Strukturen berücksichtigt werden [müssen], in denen das betreffende Handeln stattfindet und die über Handlungsspielräume und Rahmenbedingungen entscheiden« (ebd.: 431). Konsum finde eben »nicht in einem abstrakten Raum in absoluter Handlungsfreiheit statt, sondern inmitten einer realen Gesellschaft mit ganz realen Rahmenbedingungen« (ebd.). Diese Rahmenbedingungen und Strukturen sind in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse eingebettet und politisch gestaltet. Dementsprechend fordert Grunwald die Individuen nicht nur als Konsument*innen, sondern auch als »verantwortliche Bürgerinnen und Bürger« (ebd.: 433) in den Blick zu nehmen. In der Folge sei die »Gestaltung nachhaltigkeitsfördernder Rahmenbedingungen« (ebd.) eine zentrale Aufgabe für eine nachhaltige Entwicklung. Die Frage welche Rahmenbedingungen genau nachhaltigkeitsförderlich wirken und welche nicht, sind dabei in der sozialwissenschaftlichen Forschung bislang noch unterbelichtet.

Während Grunwald somit an der Bedeutung des Individuums, wenn auch nicht als Konsument*in, sondern als verantwortliche Bürger*in, festhält, wendet sich Elizabeth Shove ganz grundsätzlich gegen sogenannte ABC-Ansätze und stellt die Zentralität des individuellen, rationalen Akteurs in der Theoriebildung infrage (vgl. Shove 2010: 1281ff.). Die Abkürzung ABC steht hierbei für die Begriffe *Attitude*, *Behaviour* und *Choice*, die Shove zufolge, den Kern eines Paradigmas bilden, das sowohl die Forschungen als auch die Politik zu Fragen des Klimawandels dominiert. Shove kritisiert, dass die Rahmung, den Klimawandel vor allem als ein Problem menschlichen Verhaltens zu verstehen, andere (sozialwissenschaftliche) Ansätze marginalisiere und zugleich die Verantwortung der Regierungen für die Aufrechterhaltung nicht-nachhaltiger Institutionen und Lebensweisen verneble. Sie argumentiert weiter, dass es auch nicht ausreiche, die theoretischen Modelle nur um Kontextvariablen zu erweitern, die als Hürden oder Motivatoren das Handeln beeinflussen. Dies reproduziere nur die grundlegende Logik des ABC-Paradigmas, dass rationale Akteure aufgrund von individuellen Einstellungen handeln. Gleiches gilt für die Integration von Routinen, die in der Forschung oftmals als etwas dem Handeln Äußerliches konzipiert werden, was nicht plausibel sei. Vielmehr sei es notwendig Ansätze zu fördern, die die Rolle des Individuums dezentrieren und den Kontext nicht länger als etwas Externes beschreiben, indem sie sozialen Wandel als andauernden co-evolutionären Prozess analysieren (vgl. ebd.: 1277ff.). Einen

vielversprechenden Ansatz hierzu böten neuere Praxistheorien. Aus ihrer Perspektive erscheint sozialer Wandel als Frage danach, wie soziale Praktiken entstehen und sich entwickeln, wie sie Träger rekrutieren und wie sich Komplexe von Praktiken formen und zerfallen (ebd.:1279).

Wenngleich ein solches Vorgehen besser geeignet scheint, umweltverträgliches Verhalten zu verstehen, ist festzustellen, dass sich die Mehrzahl der praxistheoretischen Untersuchungen im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung auf einzelne Praktiken oder begrenzte Praxisbereiche – insbesondere den Bereich Konsum – konzentrieren, ohne die ganze Breite der Lebensführung und die vielfältigen damit verbundenen sich wechselseitig beeinflussenden Praktiken in den Blick zu nehmen (vgl. z.B. Brunner et al. 2007, Spaargaren 2011, Shove/Spurling 2013a, Jonas 2016). Um der Komplexität nachhaltiger Lebensführung gerecht zu werden, erscheint jedoch eine Berücksichtigung dieser ganzen Breite alltäglicher Praktiken und ihrer Wechselwirkungen erforderlich.

Auf die beschriebenen (umwelt-)soziologischen Leerstellen soll durch diese Untersuchung reagiert werden. Als Untersuchungsgegenstand bieten sich dabei gemeinschaftliche Wohnprojekte an, da in ihnen einerseits alternative Formen der Lebensführung erprobt werden (vgl. z.B. Tummers 2016: 2023f.) und das Wohnen andererseits einen zentralen Anker für die sozialen Praktiken der alltäglichen Lebensführung bildet und immer auch einen Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellt (vgl. Häußermann/Siebel 1996: 11ff.). Die vielfältigen »Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Lebens-, Haushalts- und Wohnformen der Menschen einerseits und gebauter Wohnumwelt [...] andererseits wurden lange Zeit übersehen und ihre Bedeutung verkannt« (Rughöft 1992: 20). Diese Forschung greift diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen auf und untersucht am Beispiel gemeinschaftlicher Wohnprojekte nachhaltige Lebensführung als komplexes Bündel sozialer Praktiken, deren Vollzug von einer Vielzahl von Einflussfaktoren und nicht in erster Linie vom individuellen Umweltbewusstsein abhängig ist.

2. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Reallabore sozialen Wandels?

Gemeinschaftlichen Formen des Zusammenwohnens und -lebens werden sowohl in der öffentlichen Debatte als auch im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung, aber auch für die Begegnung anderer gesellschaftliche Herausforderungen zugeschrieben, wie etwa dem demografischen Wandel, der Ausdifferenzierung von Lebensstilen und der damit verbundene Vereinzelung von Menschen oder der in den letzten Jahren wieder in den Fokus der Öffentlichkeit tretenden Wohnungsfrage (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003: 129ff., Kunze 2009: 167ff., Schrader-Stiftung 2013: 28, Wagner 2013: 72f, BBSR 2014: 9, Ginski/Schmidt 2014: 295, Lambing 2014: 115, Becerra/Kunze 2016: 7f., Tummers 2016: